Politische Tätigkeit

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich**

Band (Jahr): **59 (1992)**

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

4. Politische Tätigkeit

4.1. Allgemeines

In die ersten dreissig Lebensjahre Guyer-Zellers fallen die durch Regeneration und Gründung des Bundesstaates ausgelösten Wandlungen von Kanton und Eidgenossenschaft. Das liberale Zürich geht in seinen Wurzeln auf die Helvetik zurück, entfaltete sich aber in voller Breite erst seit 1830 und erfasste durch zunehmende Alphabetisierung, Industrialisierung und Politisierung auch die Landschaft. Deren Wille zur Mitsprache artikulierte sich erstmals am Ustertag von 1830, neun Jahre später entlud er sich unter gewaltsamen Begleiterscheinungen im sogenannten Züriputsch vom 6. September 1839. Seitdem musste die zürcherische Politik damit rechnen und sich darauf einstellen. Dennoch blieb die klassische Aera des Zürcher Liberalismus, die mit der zuerst formellen, dann informellen Herrschaft Alfred Eschers, des Präsidenten der SKA und der NOB, zusammenfällt, während fast 20 Jahren auf die Stadt konzentriert, auch wenn sie von ländlichen Unternehmern mitgetragen wurde. Die kulturpolitische Blüte Zürichs strahlte nur in geringem Masse auf den Kanton aus. Am ehesten noch nach Winterthur, das im Schatten Zürichs gleichfalls einen Aufschwung nahm und sich zu einem vorerst noch stillen Oppositionszentrum gegen die Metropole entwickelte. Was Eschers Stellung stärkte, war seine Position in Bern und im dortigen Bundesparlament. Seit 1863 war er überdies der treibende Geist für die Planung und schliesslich beim Bau der werdenden Gotthardbahn. In Zürich aber verlor das System allmählich den Rückhalt. Die Wende zeichnete sich seit Mitte der 1860er Jahre ab.[1]

In den 1860er Jahren schlich sich ein gewisser Missmut in das gesellschaftliche und politische Leben Zürichs ein. Denn nicht alle Bevölkerungsgruppen hatten gleichermassen vom Wirtschaftsaufschwung profitieren können. Dazu kam, dass die hohen Renditeerwartungen, die sich an Investitionen im Eisenbahnwesen und in der Industrie knüpften, zu einer Verknappung der landwirtschaftlichen Kredite führte. Dies traf die Landwirtschaft um so härter, als die Getreidepreise in den 60er Jahren stark absackten und die Bodenpreise in die Höhe gingen.[2]

Die mit dem Bürgerkrieg in Amerika verbundenen Probleme in der Baumwollindustrie, die auch nach Abschluss des Krieges nicht sofort gelöst waren, hatten Produktionsstillstände und Konkurse zur Folge und damit verbunden auch Arbeitslosigkeit. Dies nährte die wachsende Unzufriedenheit; und allmählich entwickelte sich gegen den sowohl die Finanzwelt als auch die Politik bestimmenden Escher eine zunehmend grössere Opposition. Zwar war Zürich unter ihm zum wirtschaftlich führenden Teil der Schweiz geworden, doch profitierten davon einseitig die Industrie und das Kapital. Kleine Gewerbler und Bauern dagegen

1 Nach Formulierungen Peter Stadlers vgl. auch P. Stadler, Gottfried Keller; ders., Wirtschaftsführer und Politiker; ders., Zwischen Mächten, Mächtigen und Ideologien

2 Craig, Geld und Geist, S. 261/262

fühlten sich mit Recht vernachlässigt und die Arbeiter ausgebeutet. Zudem gaben viele die Schuld für die Missstände dem System der repräsentativen Regierung, denn da ein Teil der Sitze in den Grossen Rat durch indirekte Wahl vergeben wurde und höhere Beamte und Richter von der Regierung gewählt wurden, sah sich die alte Zürcher Aristokratie und das «Gros der übrigen Bevölkerung in der Stadt und im Kanton, das weder über Vermögen noch über höhere Bildung verfügte», von der aktiven Teilhabe an Gesetzgebung und Regierungsvollzug ausgeschlossen.[3]

Bereits 1858 hatten sich vor allem die Frühsozialisten Treichler und Bürki gegen das System Eschers, insbesondere auch gegen die geheimen Wahlen, gewehrt. Bei den eidgenössischen Wahlen von 1860 wurden erste Systemgegner als Kandidaten vorgeschlagen, und 1862 entstand eine eigentliche Oppositionsbewegung.[4]

Den Ausschlag zum demokratischen Umschwung gaben Pamphlete F. Lochers, der in seinen «Freiherren von Regensberg» das System Eschers stark angriff,[5] was die Stimmung im Volk anheizte. Wirtschaftliche Krisen sowie eine Choleraepidemie kamen als weitere Momente dazu. Vor allem in der Unterschicht hatte diese Epidemie gewütet, da dort die hygienischen Verhältnisse am schlechtesten waren. Dies machte der Bevölkerung ihre Armut und Benachteiligung noch bewusster und machte sie empfänglich für die Argumente der Opposition, dass die herrschende Regierung und Klasse verantwortlich sei für die bestehende soziale und wirtschaftliche Ordnung und die Vernachlässigung der Unterschicht.[6]

Der Umschwung 1869 ging dann von der politischen Opposition aus und wurde vor allem von Winterthur und Teilen der Zürcher Landschaft getragen. Sicher wurde Escher als Repräsentant des Systems damals als Hauptgrund für die Unruhen empfunden, Largiadèr weist aber darauf hin, dass vor allem auch der Drang nach einem Ausbau der demokratischen Einrichtungen wie die Gesetzgebung durch das Volk Hauptgründe dafür waren. So wäre es früher oder später auch ohne Escher zum Umsturz des Liberalismus generell gekommen.[7]

Im November 1867 kam es zu Volksversammlungen, an denen rund 27 000 Unterschriften für eine Verfassungsrevision gesammelt werden konnten. Im Januar 1868 fand die Abstimmung über eine Verfassungsrevision statt, im März wurde der Verfassungsrat gewählt.

Im April 1869 schliesslich erfolgte nach heftigen Debatten die Abstimmung über die neue Verfassung. Sie brachte unter anderem neu die Wahl der Regierungsräte und der Ständeräte durch das Volk sowie die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, die Ausdehnung der Volksschule und die Einführung der Erbschafts- und der Progressivsteuer. Weiter wurde die Ausrüstung der Wehrpflichtigen beschlossen sowie die Schuldhaft und die Todesstrafe wurden aufgehoben. Schliesslich brachte die neue Verfassung auch die Gründung der Kantonalbank. Einer solchen hatte sich Escher mit aller Kraft widersetzt, was den Unmut gegen seine Person in der Bevölkerung zusätzlich angetrieben hatte.[8]

3 Craig, Geld und Geist, S. 262
4 Gilg, Die Entstehung, S. 55 f.
5 vgl. Gagliardi, Escher, S. 515
6 Craig, Geld und Geist, S. 268 / vgl. auch Koller, Volksbildung, S. 14 f.
7 Largiadèr, Geschichte, S. 197
8 Gagliardi, Escher, S. 527 ff.

4.2. Adolf Guyer-Zeller als Kantonsrat

Nach seiner Rückkehr in die Heimat begann Adolf Guyer, getreu der liberalen Tradition der Familie, sich politisch zu betätigen. Wie bereits angetönt, war er während mehrerer Jahre Mitglied des zürcherischen Kantonsrates. In dieses Amt wurde er 1869 als Nachfolger seines Vaters gewählt. Leider sind wir aber über seine Tätigkeiten im Kantonsrat sehr schlecht unterrichtet.
Ich werde im folgenden versuchen, die wenigen vorhandenen Informationen darüber in die allgemeinen politischen Abläufe der Zeit von 1869 bis gegen die neuziger Jahre hin einzuordnen.
Bemerkenswert ist sicher an erster Stelle, dass Guyer-Zeller im Kantonsrat den Wahlkreis Bäretswil vertrat, obwohl er 1869 nach Zürich gezogen war und sich dort 1886 auch einbürgern liess.[9]
Trotzdem blieb er in seiner Heimat engagiert, und an Gemeindeversammlungen in Bäretswil äusserte er sich jeweils gern und ausführlich über die zu diskutierenden Themen. Dabei übernahm er meistens auch den Vorsitz solcher Versammlungen.[10]
Ein Beispiel aus seiner kantonsrätlichen Tätigkeit ist die Behandlung des Fabrikgesetzes. Als die Demokraten im Zuge der Verfassungsrevision ein solches Gesetz erlassen wollten, das die Kinderarbeit hätte verbieten und die Nachtarbeit hätte einschränken sollen, war er dagegen und drängte auf eine rasche Behandlung des Traktandums. So hoffte er, ein für ihn günstigeres Ergebnis erzielen zu können.
In einem Brief an seinen Vater meinte er, das Eisen sei nun warm und müsse geschmiedet werden. Zudem sei die Stimmung der Mehrzahl der Mitglieder des Kantonsrates nicht übel, einzig bei der Kinderarbeit werde es hapern; «... man sollte hier etwas entgegenkommen.»[11]
Dies zeigt, dass er es verstand, die Gunst der Stunde auszunützen, aber auch bereit war, in gewissen Fällen Konzessionen an Vertreter anderer Ansichten zu machen. Kurz nach Ablehnung des Fabrikgesetzes stellte sich Guyer-Zeller gegen einen Antrag, der das Gesetz erneut aufgreifen wollte. Er meinte, man solle die Arbeitsverhältnisse einstweilen ruhig den Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen.[12]
Hier kommt einmal mehr deutlich zum Ausdruck, wie sehr Guyer im Liberalismus mit seiner patriarchalischen Haltung, die wir früher ausführlich dargestellt haben, verwurzelt war. Guyer-Zeller beweist uns jedoch auch, dass diese Haltung nicht immer nur zum Nachteil der Arbeiter war. Wir wissen nämlich aus verschiedenen Beispielen, dass er gegenüber seinen Arbeitnehmern einerseits zwar sehr streng war, andererseits aber auch sehr freigiebig sein konnte. So hat er beispielsweise minderbemittelten, aber begabten Arbeiterkindern ein Studium ermöglicht und liess den Arbeitern öfters Spenden zukommen.

So auch anlässlich des Todes seines Vaters. Damals rundete er den von diesem bestimmten Betrag zur Gründung eines Konsumvereins für die Arbeiter im

9 Urkunde vom 29.12.1886 / Stadtarchiv Zürich
10 vgl. Versammlung zu Fragen der Erziehungsdirektion, Der Allmann, Nr. 10, 2.2.1870 od. auch Versammlung zur Besprechung des Steuergesetzes, Der Allmann, Nr. 12, 9.2.1870
11 Brief an den Vater 18.11.1869
12 Der Allmann, Nr. 51, 25.6.1870

13 Notizbucheintrag Adolf Guyers vom 15.1.1876
14 Der Allmann, Nr. 27, 2.4.1870
15 Der Landbote, Nr. 39, 15.2.1872
16 Der Freisinnige, Nr. 23, 22.3.1871

Neuthal um Fr. 1600.– auf Fr. 15 000.– auf. Dabei achtete er wie üblich darauf, dass von seiner Spende nichts bekannt wurde.[13]

Doch nicht nur für die Industrie, sondern auch für den Eisenbahnbau setzte er sich ein. Als der Souverän über eine Subvention für die Gotthardbahn entscheiden musste, stellte er sich im Kantonsrat gemeinsam mit Escher hinter die Subvention der Gotthardlinie; dies, obwohl er Zürcher Oberländer war![14] Im Zürcher Oberland wurde der damals erfolgte Entscheid zugunsten des Gotthardprojektes nämlich mit grossem Unwillen aufgenommen, weil man die Lukmaniervariante, die der Gegend mehr Vorteile gebracht hätte, vorgezogen hätte.

Ein weiteres Beispiel gab er 1872, als er bei der Behandlung des Gesetzes betreffend Staatsbeteiligung an den Eisenbahnen eine Motion einbrachte, die im Gegensatz zum bestehenden Gesetz diejenigen Eisenbahnlinien, die unter Inanspruchnahme des Prioritätenrechtes hätten erbaut werden sollen, nicht mehr allgemein von Staatsbeteiligung ausschliessen sollte, sondern gewisse Ausnahmen ermöglicht haben wollte. Da diese Motion erst gestellt wurde, nachdem das Gesetz Regierungs- und Kantonsrat passiert hatte, beantragte der Präsident des Kantonsrates, die Motion aus formellen Gründen nicht zu behandeln, wobei ihm eine Mehrzahl der Kantonsratsmitglieder in einer Eintretensabstimmung, die auf Wunsch Guyer-Zellers durchgeführt wurde, folgte.[15]

4.3. Guyer-Zellers Einstellung zu Deutschland

In bezug auf aussenpolitische Themen wissen wir von der Kantonsratsdebatte im März 1871 betreffend Tonhallekrawalle, dass Guyer-Zeller Sympathien für Deutschland hegte. Es stellte sich damals die Frage, welche Haltung man den Deutschen gegenüber einnehmen wollte, als eine ihrer Siegesfeiern in der Schweiz nach Abschluss des deutsch-französischen Krieges von französischen Internierten und frankophilen Zuschauern erheblich gestört worden war.
Unter verschiedenen Voten war auch ein Antrag Guyer-Zellers, der den Deutschen für die unterbrochene Feier «eine Satisfaction» geben und den Regierungsrat beauftragen wollte, er möge den deutschen Verein einladen, die Feier irgendwann unter Schutz fortzusetzen. Dieser Antrag wurde mit dem Hinweis abgelehnt, einen solchen Entschluss wolle man dem Regierungsrat direkt überlassen.[16] Mit diesem Antrag stand Guyer-Zeller im Gegensatz zur Ansicht der meisten anderen Kantonsräte, deren Sympathien zu einem überwiegenden Teil auf der Seite der Franzosen waren.
Allgemein hatte man im Verlauf des deutsch-französischen Krieges einen Stimmungswandel in der Schweiz feststellen können. Zuerst richtete sich die Abneigung gegen Frankreichs Angriff, doch dann schwanden die Sympathien für Deutschland immer mehr, da man in der Schweiz Angst hatte vor Expansionsplänen des deutschen Reiches. Ein weiterer Grund für den Stimmungsum-

schwung waren die wirtschaftlichen Nachteile, die der Schweiz aus dem Krieg erwachsen waren.[17]
Nach dem Kaisersturz bei Sedan gewann Frankreich an Sympathien, und als die Bourbaki-Armee zwischen dem 1. und dem 3. Februar 1871 in einem elenden Zustand in die Schweiz übertrat, war die Stimmung der Schweizer ganz auf der Seite der Besiegten. Es wurde deshalb als Affront gegen die internierten französischen Soldaten angesehen, als von deutscher Seite die Einladung an eine Veranstaltung zur Feier des deutschen Sieges erging.[18]
In den zürcherischen Zeitungen entbrannte eine heftige Diskussion um die geplante Feier. Dies konnte die Veranstalter aber nicht von ihrem Vorhaben abbringen, die Feier auf den Abend des 9. März 1871 festzulegen. Dass sie die Proteste trotzdem ernst nahmen, zeigt sich darin, dass sie bei der Zürcher Polizei um Schutz der Veranstaltung ersuchten.[19]
Dieser Schutz wurde auch nötig, denn schon als die Deutschen und deutschfreundliche Schweizer bei der Tonhalle eintrafen, wurden sie von etwa 300 bis 400 Personen beschimpft. Diese Beschimpfungen arteten im Verlaufe des Abends zu einem Krawall aus, der bis weit in die Nacht hinein dauerte.[20]
Guyer-Zeller soll laut dem «Volksblatt am Bachtel» am betreffenden Abend selbst der Feier in der Tonhalle beigewohnt haben.[21]
Viele der deutschen Bewohner in Zürich fühlten sich durch die Vorkommnisse beleidigt. Die einen begnügten sich damit, die ihnen angetane Schmach deutlich zur Schau zu tragen, andere, darunter auch einige der an den Hochschulen lehrenden immigrierten Professoren, verliessen Zürich oder sogar die Schweiz.[22]
Die Unruhen gaben zu etlichen politischen Diskussionen Anlass, und vor allem die liberale Seite kritisierte das Vorgehen der Regierung und freute sich natürlich über die Niederlage, die die demokratische Regierung mit diesen Ereignissen erlitten hatte.[23]

Auch 1885 finden wir nochmals einen Hinweis auf Guyer-Zellers Deutschfreundlichkeit. Verschiedene Zeitungen berichteten über eine Rede, die Guyer-Zeller anlässlich der Bismarckfeier in Berlin gehalten habe. Die Reaktion auf diese Rede war in fast allen Zeitungen gleich negativ: «Herr Guyer-Zeller war in Berlin bei der Bismarckfeier und hat sich bei der Feier der Christlich-sozialen mit einer abgeschmackten Rede bemerklich gemacht. Der Mann hat Anlagen zu einem Hofprediger.»[24]
Die Bismarckfeier erfolgte aus Anlass des 70. Geburtstages des deutschen Kanzlers. Bei den verschiedenen Reden, die gehalten wurden, ergriff auch Guyer-Zeller das Wort. Da er diese Rede als Anhang zu seiner Schrift «Der Türkenherrschaft Ende», auf die ich weiter hinten noch näher eintreten werde, veröffentlicht hat, ist sie uns erhalten.
Guyer-Zeller bekundete Sympathien für die Entwicklung Deutschlands seit 1866. Er sei dieser Entwicklung sehr aufmerksam gefolgt. 1871 habe man in der Schweiz beim Übertritt der geschlagenen Franzosen auch etwas vom Kriege kennengelernt, und so gross sei des Redners Bewunderung für die Deutschen

17 H. Schmid, Der Zürcher Tonhallekrawall, S. 2
18 ibidem, S. 3
19 ibidem, S. 7
20 ibidem, S. 10 ff.
21 Volksblatt am Bachtel, Nr. 23, 22.3.1871
22 v. Albertini, Innen- und aussenpolitische Aspekte..., S. 126
23 ibidem, S. 121
24 Der Landbote, Nr. 82, 7.4.1885 / vgl. auch Zürcher Post, Nr. 79, 3.4.1885 sowie Der Allmann, Nr. 38, 13.5.1885, der die Rede verteidigt, ohne sie jedoch wiederzugeben!

gewesen, «...dass ich, anstatt einige Sommerwochen im Hochgebirge zuzubringen, diesem für jenes Mal Lebewohl sagte, um die Menschen zu sehen, die so Gewaltiges vollbracht, und so kam ich denn anno 1871 express zum Einzug der Truppen nach Berlin.»[25]
Nun habe er den Abschluss der Kongo-Konferenz sowie die Bismarckfeierlichkeiten als Anlass genommen, wiederum nach Deutschland zu reisen. In bezug auf die Kongo-Konferenz erfahren wir ausserdem, dass in der Schweiz schon vor 1885 Beratungen über Statuten zur Gründung einer Schweizerisch-Afrikanischen Gesellschaft stattgefunden haben, die wegen der anhaltenden Unsicherheiten um den Kongo bisher aber nicht erfolgt sei. Nun, nachdem die Verhältnisse geregelt worden waren, sei man wieder auf das Projekt zurückgekommen.
Weiter verwies er in seinem Referat auf die Bedeutung Deutschlands bei der Realisierung des Gotthard-Projektes, das ohne deutsche Mithilfe unmöglich gewesen wäre. Mit Anlehnung an die in der Schweiz schon geäusserten Bedenken, Deutschland könnte die Schweiz besetzen, meinte er, man habe in der Schweiz wohl schon gefürchtet, das mächtige Deutschland könnte die deutsche Schweiz annektieren wollen, er aber habe stets gesagt: «...dazu ist Deutschland zu klug und wir Schweizer können ruhig schlafen; der deutsche Adler hackt der Schweiz die Augen nicht aus.»[26]
Schliesslich war für Guyer-Zeller die Kolonialisierung, an der sich seit 1884/85 auch Deutschland beteiligte, von grossem Interesse. Auf diese Weise versprach er sich eine Erleichterung für den Handel mit anderen Ländern. «Unter dem Schutz der deutschen Flagge wollen wir uns in den Neuen Kolonien, die Sie dem Welthandel eröffnen helfen, gerne stellen und uns zu friedlichem Wirken vereinigen.»[27]
Bemerkenswert scheint mir hier das «friedliche Wirken», von dem Guyer-Zeller spricht, denn entgegen der bisherigen Darstellung dieses Mannes bekam ich im Verlaufe meiner Untersuchungen immer mehr den Eindruck, dass Guyer-Zeller nicht so streitsüchtig war, wie er teilweise dargestellt wurde, sondern dass er im Grunde ein friedfertiger Mann war, der dann allerdings recht rücksichtslos werden konnte, wenn ihm jemand zu nahe trat, sich unfair verhielt oder seine Interessen zu stark beeinträchtigte.

4.4. Guyer-Zeller und die liberale Partei

Das politische Leben zwischen 1870 und 1890 war geprägt durch die Entstehung von organisierten Parteien, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Dies war verbunden mit vielen Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten sowohl in den einzelnen als auch zwischen den einzelnen Gruppierungen.[28] Auch die Liberalen, die seit 1867 immer mehr an Boden verloren hatten und 1869 mit der Abstimmung über die Verfassungsrevision und der darauffolgenden demokratischen Mehrheit eine Niederlage erlitten hatten, sich dann aber rasch erholten[29], diskutierten über ihre politische Zukunft.

25 Guyer-Zeller, Türkenherrschaft, S. 11
26 Guyer-Zeller, Türkenherrschaft, S. 15
27 ibidem, S. 15
28 Largiadèr, Geschichte, S. 227
29 ibidem, S. 213 / vgl. auch Gruner, Die Parteien, S. 75 f. / vgl. auch Kapitel 4.1. dieser Arbeit

Am 4. Februar 1872 gab es eine Versammlung zur Besprechung der politischen Lage. Es waren etwa 80 Mann, die in Zusammenhang mit der Reorganisation der liberalen Partei über den Zusammenschluss zu einem kantonalen liberalen Verein berieten.[30]
Eine zweite, weit grössere Versammlung wurde auf den 25. Februar 1872 einberufen, um über die Neuorganisation der Partei zu beraten, wobei über die Grundsatzfrage eines Parteiprogrammes und den Entwurf eines solchen diskutiert werden sollte. Obwohl es in seiner neuesten Fassung annehmbarer geworden sei, äusserte sich die «NZZ» immer noch skeptisch gegenüber einem solchen Programm.[31]
An dieser Zusammenkunft, der sogenannten Kasino-Versammlung, waren laut Zeitungsberichten zwischen 130 und 150 Personen anwesend. Ihr Ziel war es, Liberale aller Schattierungen zu sammeln und den Einfluss zurückzugewinnen, den sie seit 1867 an die Demokraten verloren hatten. Man war sich dabei einig, dass die Demokraten «böse Saat» gestreut hätten, dass jedoch die reine Negation einer Partei eine andere nicht lebensfähig machen könne. Aus diesem Grund waren die Liberalen bestrebt, sich möglichst ohne innere Spaltung neu formieren zu können, was ihnen jedoch wegen der verschiedenen Ansichten über die Organisation der Partei und ihr Vorgehen in der Politik Schwierigkeiten bereitete. Hauptproblem war die bereits erwähnte Forderung eines Teils der Liberalen nach einem Parteiprogramm, gegen das sich ein anderer Teil vehement wehrte. Unter den Gegnern eines festen Parteiprogramms fand sich auch Guyer-Zeller, der die Ansicht vertrat, es sei unmöglich, alle Meinungen der Parteigänger unter einen Hut zu bringen. Besser wäre, sich als erstes im ganzen Kanton zu organisieren und das politische Bewusstsein der Bevölkerung zu stärken. Dies sei auch ohne Programm möglich.
Die Ansicht Guyer-Zellers entsprach derjenigen der meisten «älteren» resp. konservativeren Parteigänger, die sich auf das Vorgehen der Liberalen im Jahre 1839 beriefen, als ebenfalls kein Programm aufgestellt worden sei und man trotzdem sehr schnell wieder die frühere Bedeutung erlangt habe. Die Jungen dagegen wünschten eine Richtlinie. Sie waren der Meinung, dass eine politische Partei ohne Parteiprogramm nicht existieren könne.
Um die Pläne und vor allem die Einheit innerhalb der Partei nicht zu gefährden, setzten sich verschiedene Parteimitglieder für eine Vermittlung in dieser Angelegenheit ein, die aber nur bedingten Erfolg hatte.
Wegen der beschriebenen Uneinigkeiten gab es eine Spaltung der liberalen Partei, die 1875 zur Gründung des «Eidgenössischen Vereins» führte. Diesem traten einige der konservativeren Vertreter der liberalen Partei, so auch Guyer-Zeller, bei.
Der «Eidgenössische Verein» wurde in seiner Ausrichtung der protestantisch-konservativen Seite zugerechnet[32] und als «massvoll föderalistisch eingestellt und antietatistisch»[33] bezeichnet. Erster Präsident des Eidgenössischen Vereins war der Basler Bürgermeister Karl Felix Burckhardt. In Zürich gehörten namhafte Persönlichkeiten wie der Historiker Georg von Wyss, der Jurist Alois von Orelli,

30 Der Landbote, Nr. 32, 7.2.1872
31 NZZ, Nr. 96, 22.2.1872 / Das Programm abgedruckt in Nr. 104, 27.2.1872
32 vgl. P. Rinderknecht, Der «Eidgenössische Verein» 1875–1917, Zürich 1949
33 Largiadèr, Geschichte, S. 243

Oberst Eduard Ziegler oder Stadtschreiber Bernhard Spyri dazu. Nach dem Tod von Burckhardt und dem raschen Ableben seines Nachfolgers Professor Wilhelm Vischer begann dann rasch die Zersetzung des Vereins.[34]

Im Jahre 1872 wurde ein neues Schulgesetz diskutiert, das jedoch nicht nur Befürworter fand. Im «Freisinnigen» wurde in diesem Zusammenhang betont, dass er trotz Angriffen von seiten der demokratischen Blätter weiterhin neben befürwortenden auch ablehnende Stimmen zu veröffentlichen gedenke. Dies hätte ein Hinweis sein können, dass Guyer-Zeller ebenfalls zu den Gegnern gehörte.[35] Weiter erfahren wir in dieser Frage, dass an einer Versammlung zum neuen Schulgesetz sich sogar ein ganz «gewöhnliches Menschenkind», nämlich Herr Isler aus dem Hof, gegen das neue Schulgesetz geäussert habe, worauf ihm der Statthalter das Wort entziehen wollte. Unter dem Druck der Bevölkerung, die den scharf sprechenden Mann hören wollte, habe er aber nachgeben müssen. Nationalrat Spörri aus Bauma habe den Redner dann wegen seiner Vermessenheit scharf getadelt und dabei eine total ungerechtfertigte Verdächtigung «auf einen sehr verdienten Industriellen der Gemeinde» geworfen sowie diverse Dinge vorgebracht, die einem gebildeten Manne nicht zustünden.[36]

Mit dem oben zitierten «verdienten Industriellen» war Guyer-Zeller gemeint, der offenbar auch von anderer Seite als Urheber von Islers Rede verdächtigt worden war. Diese Verdächtigungen waren an der gleichen Versammlung aber bereits zurückgewiesen worden mit dem Hinweis, Guyer-Zeller habe sich im Kantonsrat für das Gesetz ausgesprochen.[37]

4.5. Wahlskandale um Guyer-Zeller

Obwohl Adolf Guyer-Zeller 1872 wegen der Reduktion der dem Wahlkreis Bäretswil zustehenden Kantonsratssitze von drei auf zwei nicht mehr in den Kantonsrat hatte einziehen können, kandidierte er drei Jahre später erneut. Dabei finden wir im «Freisinnigen» unter anderen folgendes Inserat: «Als Kantonsrat für Bäretswil wird vorgeschlagen Herr Adolf Guyer-Zeller, ein Mann von hoher Einsicht, beredtem Munde, mildem Herzen und stets offener Hand. Seine Wahl ist eine Ehrensache für unsere Gemeinde, die sich freuen darf, ihn als unseren Bürger auch ferner behalten zu dürfen. Einer im Namen Vieler.»[38]
Der «Landbote» in Winterthur berichtete schon am 2.7.1875, es seien in Bäretswil 20 Stimmkarten mehr herausgegeben worden als es Stimmberechtigte habe. Diese Meldung widerrief der «Freisinnige» tags darauf und meldete, der Bericht des «Landboten» sei nicht richtig, und es sei verfrüht, solche Meldungen zu machen.[39]

Die auf diese Anschuldigungen angeordneten statthalteramtlichen Untersuchungen dauerten eine gewisse Zeit. Erst am 7. Juli finden wir die Meldung, dass

34 Largiadèr, Geschichte, S. 244/245
35 Aus der schon lange bestehenden Zeitung «Der Allmann» war 1870 eine AG gegründet worden, die die Zeitung fortan «Der Freisinnige» nannte. Die Verantwortung lag bei einem Komitee, bestehend aus den Herren Guyer-Zeller, Pfr. Martin, F. Meili und C. Widmer-Heusser. 1880 überwarf sich Guyer-Zeller mit den anderen Aktionären und gründete in Hinwil eine eigene Zeitung, die er in Anlehnung an den Vorgänger des «Freisinnigen» unter dem Namen «Der Allmann» herausgab.
vgl. Der Freisinnige, Nr. 94, 24.11.1880
36 Der Freisinnige, Nr. 28, 6.4.1872
37 Volksblatt, Nr. 28, 6.4.1872
38 Der Freisinnige, Nr. 35, 1.5.1875
39 Der Freisinnige, Nr. 53, 3.7.1875

im Kantonsrat ein Rekurs betreffend die Wahlen in Bäretswil abgelehnt worden sei, da die Akten noch unvollständig seien.[40]
Die Kommission stellte später fest, dass tatsächlich Unregelmässigkeiten vorgekommen waren. So seien in Bäretswil die Stimmregister nicht ganz in Ordnung sowie einzelne Büros weder vollständig besetzt noch die ganze Zeit geöffnet gewesen. Von einer Person seien zudem mehrere Zettel eingebracht worden, und man habe zu der Wahl auch Buben und Mädchen zugelassen. Die statthalteramtlichen Untersuchungen hätten weiter ergeben, dass «... verschiedene Wahlbeeinflussungen stattgefunden, wie Versprechungen eines Trunkes, es sei jetzt gleichgültig wer gewählt werde, da das Volk ja endgültig über die Gesetze abzustimmen habe, man solle Einen wählen, der auch etwas wirken könne.»[41]
Alle diese Vorwürfe wurden von den Betroffenen in Abrede gestellt. Da diese Zeugnisse aber von zuverlässigen Personen stammten, wurde die Wahl kassiert und die Strafuntersuchung fortgesetzt. Im Oktober wurde ein zweiter Wahlgang durchgeführt. Dabei siegten die bisherigen Guyer-Zeller und Spörri, der gegenüber seinem stärksten Rivalen, Stössel, noch deutlicher abschnitt als beim ersten Wahlgang.[42]
Einen zweiten Wahlskandal gab es 1884. Der «Landbote» warf Guyer-Zeller vor, er habe den Direktor seiner Fabrik dazu veranlasst, den Arbeitern zu befehlen, den Wahlzettel mitzunehmen und vorzuzeigen. Gegen diesen Vorwurf wehrte sich Direktor Egli und erhob gegen den Verleumder Klage. Wegen dieser Vorfälle wurden in der Kantonsratssitzung vom 16. Juni 1884 die Wahlen im Kreis Bäretswil für ungültig erklärt und eine Untersuchung wurde angeordnet.[43]
Dabei bestätigte sich, dass es gewisse Unregelmässigkeiten gegeben hatte: so war beispielsweise mit der Wahlkarte von Pfarrer Balmer abgestimmt worden, obschon dieser gar nicht wahlberechtigt war. Weiter war erwiesen, dass Direktor Egli ungefähr acht bis zehn Arbeiter, die bei der Wahl des Kantonsrates nicht ganz sicher schienen, aufgefordert hatte, ihre Wahlzettel zu zeigen. Egli habe dies jedoch nie aus Zweifel an der Wahl Guyer-Zellers getan und er habe sich auch nie für die Wahl Spörris oder gegen die Wahl des ebenfalls um einen Kantonsratssitz kämpfenden Fabrikanten Hotz eingesetzt, was die Arbeiter der Fabrik bestätigten.[44]
Weiter waren ungefähr fünfzehn unberechtigte Stimmen bei der Wahl abgegeben worden. Da die Wahl zwischen Spörri und Hotz sehr knapp ausgefallen war (Spörri hatte 48 Stimmen über dem absoluten Mehr, Hotz 12 Stimmen weniger) ist die Kassation der Wahl in der Sitzung des Kantonsrates vom 19.8.1884 verständlich. Dies geschah, obwohl auch Hotz unlauteres Vorgehen vorgeworfen wurde. Dieser hatte angeblich Arbeiter, die oder deren Angehörige nicht für ihn gestimmt hatten, entlassen![45]
Guyer-Zeller, obschon seine Wahl eindeutig feststand, wurde für mitschuldig erklärt, da er erwiesenermassen einige Tage vor der Wahl zu Egli gesagt habe, dieser solle nicht zu weit gehen. Aus diesem Grund wurde auch seine Wahl kassiert.[46]

40 Der Freisinnige, Nr. 54, 7.7.1875
41 Der Freisinnige, Nr. 66, 18.8.1875
42 Der Freisinnige, Nr. 82, 13.10.1875
43 KR-Sitzung vom 16.6.1884
44 NZZ, Nr. 232/II, 19.8.1884
45 NZZ, Nr. 230, 17.8.1884
46 Der Allmann, Nr. 68, 23.8.1884

47 Volksblatt, Nr. 102, 2.9.1884
48 Stadler, Kulturkampf, S. 552
49 Gruner, Wahlen, S. 694
50 Stadler, Kulturkampf, S. 559
51 ibidem, S. 553
52 Volksblatt, Nr. 117, 6.10.1881

Die Gegner Guyer-Zellers versuchten, diese Ereignisse zu ihren Gunsten auszunützen und wandten sich gegen seine weitere Kandidatur. Sie stellten zwei andere Kandidaten auf, da Hotz auf eine zweite Aufstellung verzichtet hatte.[47] In der Folge wurde eine grosse Hetzkampagne gegen Guyer-Zeller gestartet, wobei man auch vor Verleumdungen nicht zurückschreckte.
Nach dem zweiten Wahlgang vom November standen dann jedoch die liberalen Guyer-Zeller und J. J. Spörri eindeutig als gewählt fest, und der Kantonsrat anerkannte diese Wahl in seiner Sitzung vom 17. November 1884.

4.6. Guyer-Zeller als Nationalratskandidat

Die wirtschaftliche Depression der späten 1870er Jahre hatte auch Auswirkungen auf die Politik. So geriet der Revisionsprozess, der 1874 begonnen hatte, 1878 ins Stocken, und in einigen Kantonen war ein Systemwechsel zu verzeichnen, der sich auch in den Nationalratswahlen niederschlug.[48] So bekamen auch die Radikalen die Folgen des allgemeinen Malaises zu spüren und erlitten eine Niederlage. Damit brach die liberal-radikale Siegerkoalition von 1874 auseinander und machte vorübergehend neuen Kräften Platz, wobei allgemein eine Tendenz zum Konservativismus zu verzeichnen war.[49]

Die Umwälzung zugunsten der Liberalen fand aber nicht nur auf kantonaler Ebene statt. Auch bei den Nationalratswahlen vom November 1878 trat die Umschichtung deutlich hervor, wie auch der Ständerat einen Umschwung zugunsten der Konservativen erlebte. Auch im Bundesrat zeigte sich eine Öffnung nach rechts mit der Wahl des katholisch-konservativen J. Zemp zum Bundesrat. Mit dieser Wahl eines Vertreters der Rechten in den Bundesrat wurde erstmals die freisinnige Vormachtstellung gebrochen.

Der Schwerpunkt der neuen Regierungszusammensetzung lag rechts von der Mitte, doch hatte diese neue Verbindung keine dauerhaften politischen Veränderungen zur Folge. Schon 1881 schlug das Pendel bei den eidgenössischen Wahlen bereits wieder mehr nach links aus, und es ist festzustellen, dass es nie zu einem Überhandnehmen der Rechten kam, sondern dass diese Strömungen eher tendenziell zu sehen sind.[50]
Eine parallele Entwicklung zu den Vorgängen in der Schweiz können wir auch im Deutschen Reich feststellen. Dort verlor Bismarcks Bündnis mit dem Nationalliberalismus an innerer Festigkeit, und es kam zu einer Annäherung an den Konservatismus, der einerseits durch innen- und aussenpolitische, andererseits aber auch durch wirtschaftliche Faktoren bedingt war.[51]

Im Jahre 1881 bewarb sich Guyer-Zeller für einen Sitz im Nationalrat. Zwar hatte das «Volksblatt» bereits am Neujahr eine Kandidatur geahnt, bestätigt wurde sie aber erst im Oktober![52] An einer Versammlung der Delegierten von Industrie,

Gewerbe und Landwirtschaft in Zürich war zu den eidgenössischen Wahlen Stellung genommen worden. Man fühlte sich in der Landesregierung untervertreten und wollte vermehrt an den Wahlen teilnehmen. Als einer der Redner dieser Versammlung wurde auch Guyer-Zeller erwähnt.[53]
Nach der offiziellen Bekanntgabe der Bewerbung Guyer-Zellers um einen Nationalratssitz begann in den Zeitungen eine richtige Wahlschlacht. Dabei warf der «Allmann» anderen Zeitungen, allen voran dem Volksblatt, vor, mit unsauberen Mitteln und ungerechtfertigten Vorwürfen gegen Guyer-Zeller zu arbeiten. Guyer-Zeller wurde vorgeworfen, er habe über Fürsprech Dr. Meili versucht, Nationalrat Keller[54] zur Demission aufzufordern.
Dr. Meili sei dafür privat mit Nationalrat Keller zusammengetroffen und habe ihn zum Rücktritt aufgefordert.[55] Auf die Frage Kellers, zu wessen Gunsten, habe Meili geantwortet, zum Beispiel für Guyer-Zeller. Dr. Meili verteidigte sich aber und erklärte, er sei erstens gänzlich apolitisch und zudem habe er nie eine Aufforderung solcher Art von Guyer-Zeller bekommen. Die ganze Geschichte sei also reine Verleumdung.[56]

Das «Volksblatt» stellte sich vehement gegen eine Kandidatur Guyer-Zellers und dafür hinter den «Bankvater Keller». Im «Volksblatt» war man der Ansicht, dass man sich mit einer Kandidatur Guyer-Zellers blamieren würde. «Seine bisherigen Leistungen bei verschiedenen Anlässen sind nicht geeignet, dieses Gefühl zu verscheuchen.»[57]
An der Wahlversammlung in Stäfa wurden drei Kandidaten fest aufgestellt. Dabei handelte es sich um Oberst Landis (Richterswil), Herrn Brennwald (Hombrechtikon) und Herrn Bühler-Honegger (Fischenthal). Um die vierte Kandidatur entstand eine grössere Diskussion unter anderem um die Vorschläge Keller und Guyer-Zeller. In einer regen Diskussion wurde stark für Guyer Partei ergriffen. Er wurde als «...hervorragender Vertreter der Baumwollindustrie und als warmer Verfechter der heute markiert hervortretenden volkswirtschaftlichen Richtung...»[58] zur Wahl empfohlen, die mit 23:63 Stimmen zustande kam. Auf diese Nomination Guyer-Zellers reagierten die Zeitungen sehr heftig, wobei auch der «Landbote» energisch Stellung gegen Guyer-Zeller ergriff. Die Diskussion um die Kandidatur Guyer-Zeller zog sich über mehrere Nummern hinweg.

Es wurde bemängelt, dass die Wahlversammlung vor allem von Liberalen besucht worden sei, die natürlich Guyer-Zeller unterstützt hätten. Guyer-Zeller wurde vor allem auch seine konservative Ausrichtung übelgenommen. So schrieb der «Landbote» nach der Wahlversammlung, Guyer-Zeller sei «...ein Mann, dessen politischer Richtung wohl niemand das Prädikat 'liberal' vindizieren wird, ein Anhänger des sogenannten 'Eidgenössischen Vereins'.»[59]

Es wurde ihm auch vorgeworfen, Befürworter der totgeborenen Töss-Allmannbahn, im Volksmund auch «Himmel-Erde-Neuthal-Bahn» genannt, gewesen zu sein.[60]

53 Volksblatt, Nr. 119, 11.10.1881
54 Volksblatt, Nr. 117, 6.10.1881 und Nr. 120, 13.10.1881
Dr. Meili: *2.4.1848, seit 1879 Advokat in Zürich, wurde 1890 Ordinarius f. internat. Privatrecht, mod. Verkehrsrecht u. vergl. Recht. (Strickler, Verdienstvolle Männer..., S. 128)
NR Keller: *27.3.1823 in Fischental, Vertreter der Demokraten von 1854–72 im KR, von 1869–93 im NR. Initiant zur Gründung der Kantonalbank, deshalb oft «Bankvater Keller» genannt (Strickler, Verdienstvolle Männer..., S. 122)
55 Der Landbote, Nr. 244, 14.10.1881
56 Der Allmann, Nr. 122, 12.10.1881 / Der Allmann, Nr. 124, 16.10.1881
57 Volksblatt, Nr. 126, 27.10.1881
58 Der Allmann, Nr. 127, 23.10.1881
59 Der Landbote, Nr. 251, 22.10.1881
60 Der Landbote, Nr. 252, 23.20.1881 / vgl. auch Kap. 6.2.2. dieser Arbeit

61 Zürcher Post, Nr. 248, 22.10.1881
62 Der Allmann, Nr. 131, 2.11.1881 / NZZ, Nr. 303/II, 31.10.1881
63 Protokoll KR Sitzung vom 18.6.1888 und 19.11.1888
64 Der Allmann, Nr. 10, 2.2.1889

Auch die «Zürcher Post» stellte sich gegen Guyer-Zeller und hielt die Wahlversammlung in Stäfa für eine List. Es sei eigentlich ausgemacht gewesen, dass Keller portiert werde, weshalb die meisten seiner Anhänger nicht anwesend gewesen seien. Von Guyer-Zeller wisse man, dass «... er ein sehr reicher Mann durch Erbschaft geworden ist und sich in Börsenspekulationen in Eisenbahnpapieren ein grosses Vermögen gemacht hat, aber unberechenbar ist in seinen Stimmungen.»[61] Ich glaube, dass diese wenigen Beispiele aus der «Wahlschlacht» zeigen, dass man Guyer-Zeller zwar keine konkreten Vorwürfe machen konnte, dass vielen Leuten dieser Mann mit seinem bestimmten Auftreten und seinen Geschäften, die für viele nicht recht kalulierbar waren, unheimlich war.

Bei der Nationalratswahl selber erreichte Guyer-Zeller nur sehr wenige Stimmen. Lediglich im Wahlkreis Meilen erhielt er mehr als sein Rivale Keller. Im Endergebnis erreichte er nur rund die Hälfte der Stimmen Kellers (ca. 7000:4500). Der «Allmann» erklärte das Ergebnis mit der offenbar nur langsam abnehmenden Popularität Kellers, und die «NZZ» sieht den Grund «... in der Schwierigkeit, hinreichend populäre Kandidaten aufzufinden, die namentlich, wo sie bisherigen Vertretern gegenübergestellt werden mussten, Aussicht gehabt hätten, durchzudringen.»[62]

Das Ende von Guyer-Zellers Kantonsratstätigkeit wurde durch die Absicht der Kirchgemeinde Enge, die Bürgliterrasse für den Bau einer Kirche zu expropriieren, herbeigeführt. Im Jahre 1888 reichte Guyer-Zeller beim Kantonsrat Beschwerde gegen einen Regierungsratsbeschluss betreffend Expropriation der Bürgliterrasse ein. In der Kantonsratssitzung vom 18. Juni 1888 wurde diese Beschwerde einer Kommission zur Antragstellung überwiesen. Am 19. November 1888 lehnte der Kantonsrat auf Antrag der Kommission das Begehren Guyer-Zellers jedoch ab, worauf dieser am 7. Januar 1889 den Rücktritt erklärte.[63] Sein Rücktrittsschreiben wurde aber nicht von allen Lagern ernst genommen, und mehrere Zeitungen berichteten, Guyer-Zeller wolle sich wieder wählen lassen.

Gegen diesen Vorwurf wehrte sich Guyer-Zeller mit einer schriftlichen Erklärung vom 23. Januar 1889, wobei er aussagte, er lehne eine Kandidatur «... für jetzt und alle Zukunft ab.»[64]

Zusammenfassend können wir festhalten, dass das politische Engagement Guyer-Zellers wohl eher zurückhaltender Art war, so dass er sich kaum zu einem grossen Politiker entwickelt hätte. Erstaunlicherweise engagierte er sich im Kantonsrat nicht sehr stark und hielt sich, wie den gedruckten Protokollen zu entnehmen ist, im Hintergrund. So bemühte er sich auch nie um die Übernahme von Kommissionstätigkeiten. Weshalb er seine jugendliche Begeisterung für das politische Leben und seine grossen Pläne nicht weiter verfolgte oder verfolgen konnte, muss mangels Quellen im Dunkeln bleiben. Denn sicher hätte er auf politischer Ebene

mehr erreichen können, wenn es ihm noch immer ein echtes Anliegen gewesen wäre. Guyer-Zeller wusste ja sehr gut, wie man sich für eine Sache einsetzt und wie ein Ziel erreicht werden kann, was sich in aller Deutlichkeit bei der Nordostbahn-Affäre 1894 zeigt!